UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Die Rolle der Eltern in den Wahlprogrammen der AfD: elterliche Verantwortlichkeiten und Partizipation zwischen Familismus und Leistungsorientierung

Line Saur, Moritz Gawert

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Saur, Line, and Moritz Gawert. 2025. "Die Rolle der Eltern in den Wahlprogrammen der AfD: elterliche Verantwortlichkeiten und Partizipation zwischen Familismus und Leistungsorientierung." *Sozial Extra* 49 (6): 427–31. https://doi.org/10.1007/s12054-025-00830-z.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

CC BY 4.0

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
CC-BY 4.0: Creative Commons: Namensnennung
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Line Saur, Moritz Gawert
Universität Augsburg, Augsburg, Deutschland

Die Rolle der Eltern in den Wahlprogrammen der AfD

Elterliche Verantwortlichkeiten und Partizipation zwischen Familismus und Leistungsorientierung

Die AfD spricht in ihren Wahlprogrammen an verschiedenen Stellen über die Rolle von Eltern im Kontext institutionalisierter Erziehung und Bildung. Dabei werden vor allem Verantwortlichkeiten und Partizipationsmöglichkeiten thematisiert. Die Analysen zeigen, dass je nach institutionellem Kontext unterschiedliche Rollenverständnisse sichtbar werden, die auf differente Leitmotive der Partei verweisen.

Pädagogische Institutionen wie die Schule[1] oder Kindertageseinrichtungen konstituieren sich über ihr „pädagogisches Handeln in einer Beziehungskonstellation" (Jergus 2016, S. 105) zwischen mehr als zwei Akteur*innen. Dabei sind in den genannten Feldern insbesondere Eltern bzw. Erziehungsberechtigte als relevante Akteur*innen zu benennen. Welches Bild von Eltern und Familien in der Öffentlichkeit verbreitet ist und welche Rechte, Kompetenzen und Aufgaben ihnen zugeschrieben werden, hat Einfluss auf die pädagogische Arbeit von Fachkräften: Zum einen sind Vorstellungen von Eltern und Familie Grundlage dafür, welche Rolle und Aufgabenbereiche pädagogischen Institutionen und damit auch pädagogischen Fachkräften zukommen (Solzbacher 2011). Zum anderen wird die konkrete Arbeitsweise strukturiert, da das Bild von Familie beispielsweise die Zusammenarbeit mit Eltern oder die Zielvorstellungen von pädagogischen Interventionen beeinflusst (Bauer und Wiezorek 2017, S. 9). Wie sich die Rolle der Eltern in institutionellen pädagogischen Gefügen konstituiert, steht dabei in Abhängigkeit zur vorherrschenden Sozial- und Bildungspolitik und folglich auch den gesellschaftlichen Leitmotiven, die diese prägen.

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) gewinnt in den letzten Jahren stetig an Zustimmung, Reichweite und parlamentarischem Einfluss (Nikolai et al. 2024), wodurch ihre Positionen und Ideen realpolitisch relevant werden. Verschiedene Analysen thematisieren bereits das Bild der Familie, das die Partei vertritt (z. B. Kemper 2014). Welche konkrete Rolle sie Eltern im Kontext von institutioneller Erziehung und Bildung zuschreibt, wurde noch nicht untersucht. Dabei ist die Frage wie einleitend angedeutet sowohl für pädagogische Institutionen als auch für Eltern selbst von hoher Bedeutsamkeit, weshalb der Beitrag folgende Forschungsfrage untersucht: *Wie konstituiert sich die Rolle der Eltern in schulischen und außerschulischen Erziehungs- und Bildungskontexten der Kindheit und Jugend in ausgewählten Wahlprogrammen der AfD?*

Dabei versteht sich der Beitrag als ein erster Versuch, explorativ die komplexe Rolle der Eltern, die von der AfD im Kontext von Bildungsinstitutionen vorgesehen wird, anhand von allen Wahlprogrammen aus den Landesverbänden Baden-Württemberg (2016; 2021), Thüringen (2014; 2019; 2024), Nordrhein-Westfalen (2017; 2022), Hessen (2018; 2023), Mecklenburg-Vorpommern (2016; 2021), Berlin (2016; 2021) und Hamburg (2015; 2020; 2025) zu untersuchen. Bei der Auswahl wurden unterschiedliche Bundesländer – Variation in der Größe, Stadtstaat und Flächenland, neue und alte sowie nördliche und südliche Bundesländer – gewählt, um ein möglichst differenziertes und plurales Bild der Rolle der Eltern zu erlangen. Ziel des Beitrages ist es landesverbandübergreifend Tendenzen bezüglich der Rolle der Eltern in den gewählten Bundesländern herauszuarbeiten, wobei auf die Darstellung von nuancierten Unterschieden verzichtet wird. Aus platzökonomischen Gründen werden im Ergebnisteil allerdings lediglich exemplarische Belege aus den Wahlprogrammen aufgeführt. Für die Analyse wurde ein qualitativ-inhaltsanalytischer Zugang in Anlehnung an Kuckartz und Rädiker (2024) gewählt.

Der Beitrag unterscheidet in seinem Vorgehen zwei Bereiche, die sich im Prozess der Analyse als relevant herausgestellt haben: die außerschulische Erziehung und Bildung[2], in der Eltern und Familien eine zentrale Rolle einnehmen, und den schulischen Bereich, in welchem elterliche Partizipationsräume aufgrund hoher Leistungsanforderungen eingeschränkt werden. Der Beitrag schließt mit einer Diskussion.

[1] In diesem Beitrag wird ein weites Verständnis von Sozialpädagogik verfolgt, in welchem Schule als ein sozialpädagogisch relevanter Lebensort von Kindern und Jugendlichen verstanden wird und pädagogische Fachkräfte auch im schulischen Bereich sozialpädagogischen Themen begegnen (Graßhoff und Sauerwein 2021)

[2] Unter außerschulischer Erziehung und Bildung werden hierbei „[a]lle Bildungs- und Erziehungsprozesse vor, neben und nach der Schule" (Böhm und Seichter 2022, S. 49) verstanden.

Sozial Extra 2025 · 49 (6): 427–431
https://doi.org/10.1007/s12054-025-00830-z
Eingegangen: 29. August 2025
Angenommen: 24. September 2025
Online publiziert: 1. Dezember 2025
© The Author(s) 2025

Zusammenfassung · Abstract

L. Saur · M. Gawert

Die Rolle der Eltern in den Wahlprogrammen der AfD. Elterliche Verantwortlichkeiten und Partizipation zwischen Familismus und Leistungsorientierung

Zusammenfassung
Im Kontext schulischer und außerschulischer Erziehung und Bildung gelten Eltern als wichtige Akteur*innen. Ihre Rolle wird dabei unter anderem durch die vorherrschende Sozial- und Bildungspolitik bestimmt, indem Verantwortlichkeiten zugeschrieben und mögliche Räume für Partizipation erweitert oder eingeschränkt werden. Auf der Basis einer qualitativen Inhaltsanalyse von ausgewählten Wahlprogrammen der Partei Alternative für Deutschland (AfD) zeigt der Beitrag, dass die Konstitution dieser Rolle seitens der AfD über zwei verschiedene Leitmotive bestimmt wird: dem Familismus im außerschulischen Bereich und einer strikten Leistungsorientierung im Kontext der Schule. Dieser Beitrag ist Teil des Schwerpunktes „Rechte Dynamiken und Soziale Arbeit" in Ausgabe 6/25.

Schlüsselwörter
Eltern · Schule · Außerschulische Erziehung und Bildung · Familismus · Leistung · AfD

The Role of Parents in the AfD's Election Programs. Parental Responsibilities and Participation Between Familism and Performance Orientation

Abstract
Parents are considered important actors in the context of school and non-school education. Their role is determined, among other things, by prevailing social and education policy, which assigns responsibilities and expands or restricts opportunities for participation. Based on a qualitative content analysis of selected election programs of the Alternative for Germany (AfD) party, this article shows that the AfD's constitution of this role is determined by two different leitmotifs: familism in the extracurricular sphere and a strict performance orientation in the school context.

Keywords
Parents · School · Extracurricular education · Familism · Performance · AfD

Eltern und außerschulische (frühkindliche) Erziehung und Bildung: Familismus als Leitmotiv für außerschulische Kontexte

Die Rolle der Eltern kann bezüglich des außerschulischen Erziehungs- und Bildungsbereichs beispielhaft im Kontext der Sexualpädagogik und der Positionen der AfD zur Fremdbetreuung erörtert werden, da die Partei bei beiden Themen zur Rolle der Eltern Stellung bezieht und sich das Spannungsfeld zwischen Elternrecht und institutionellen Erziehungs- und Bildungskontexten zeigt.

Sexualerziehung Im Bereich der Sexualerziehung spricht sich die AfD in den untersuchten Bundesländern dafür aus, dass diese nicht Teil der frühkindlichen und schulischen Bildung sein sollte (lediglich der Landesverband in Hamburg (2025, S. 29) spricht von einer Zusammenarbeit von Eltern und Schulen), sondern sexualpädagogische Erziehung das Recht – aber auch die Pflicht (HE 2018, S. 26) – der Eltern sei. Die Thematisierung von sexualpädagogischen Inhalten in der Kita und Schule würde gegen das Überwältigungsverbot sprechen (BW 2021, S. 48), den Vorstellungen der Eltern widersprechen (MV 2021, S. 25) sowie das Elternrecht verletzen (BW 2021, S. 48, 65; TH 2024, S. 26). Mayer (2024) zeichnet nach, wie die Partei in ihrer Argumentation kindliche Sexualität instrumentalisiert und anhand des Begriffs ‚Frühsexualisierung' „Bedrohungsszenarien" (ebd., S. 418) entwirft.

Frühkindliche Betreuung Hinsichtlich der Betreuung von Kindern im frühpädagogischen Bereich sprechen sich die Landesverbände für eine familiäre Betreuung insbesondere bei Kindern unter drei Jahren aus (BW 2021, S. 57), da sich Kinder „am besten innerhalb der eigenen Familie" (BE 2021, S. 22) entwickeln würden. Sie plädieren für eine Wahlfreiheit der Eltern zwischen institutionellen und privaten Betreuungsformen. Analog hierzu wird gegen eine verpflichtende Ganztagsschule argumentiert (BW 2016, S. 32). Begründet wird dies u. a. mit dem Verweis auf negative Auswirkungen auf die psychische und körperliche Entwicklung im Falle einer Fremdbetreuung unter drei Jahren (NRW 2022, S. 50). Mehrere Landesverbände beziehen sich außerdem auf die Bindungsforschung und damit die Notwendigkeit, dass Kinder auf eine verlässliche Bindungsperson in Form von Mutter und/oder Vater angewiesen sind (z. B. HE 2023, S. 12).

Das Konzept der Bindungstheorie ist in Öffentlichkeit und Wissenschaft weitverbreitet, kann allerdings stellenweise kritisiert werden. Nach Keller (2025) basiert dieses auf einem eurozentristischen Familienbild der Mittelschicht, welches Zeit, ökonomische Sicherheit sowie eine geringe Anzahl an Kindern pro Familie voraussetzt. Unberücksichtigt bleiben dabei andere Familienmodelle (Krüger-Kirn und Tichy 2020, S. 203) sowie die Tatsache, dass Kinder mehrere Bindungsbeziehungen eingehen können sowohl zu Erwachsenen als auch zu anderen Kindern und Jugendlichen (Keller 2025, S. 225). Mit dem Plädoyer für „eine echte Wahlfreiheit" (BW 2021, S. 47) suggeriert die Partei, dass Eltern gezwungen werden, ihre Kinder unter drei Jahren fremdbetreuen zu lassen. Tatsächlich können Eltern aus finanziellen Gründen dazu gezwungen sein, institutionelle Betreuung in Anspruch zu nehmen. Dabei wird allerdings außer Acht gelassen, dass Familien sich aus weiteren Gründen für eine institutionelle Betreuung ihres Kindes entscheiden wie beispielsweise belegten Potentialen für die Förderung des Kindes hinsichtlich der „kognitiv-sprachlichen Entwicklung […]

[oder] im Hinblick auf die allgemeine Lebensbewältigung“ (Anders 2013, S. 263; siehe auch Burghardt und Kluczniok 2016, S. 349).

Die Beispiele zeigen, dass die AfD erstens Sexualerziehung im außerschulischen Bereich verortet und auch im Hinblick auf frühkindliche Betreuung zweitens die Verantwortlichkeit bei Eltern sieht. Auch wenn sie sich für Wahlmöglichkeiten bezüglich der außerfamiliären Betreuung von Kindern ausspricht, ist zu hinterfragen, inwiefern es sich dabei um eine wirkliche Wahlfreiheit handelt, wenn damit eine Betonung der negativen Konsequenzen von Seiten der Partei einhergeht. Letzten Endes spricht sich die Partei direkt (TH 2024, S. 25 f.) oder indirekt (NRW 2022, S. 51) für eine familiäre Betreuung aus.

Damit wird Familien ein hoher Stellenwert zugeschrieben, was sich ebenso in der Charakterisierung der Familie als „Keimzelle unserer Gesellschaft“ (BE 2016, S. 7; siehe auch HE 2023, S. 10; BW 2016, S. 28) widerspiegelt. Auch in der Forderung eines Elterngeldes (HE 2018, S. 21) für Eltern, die keine institutionelle Betreuung in Anspruch nehmen zeigt sich eine politische Ausrichtung an Familien. Einher damit gehen die Aussagen, dass Vorstellungen über Erziehung im Elementarbereich nicht von staatlicher Seite bestimmt werden dürfen (BE 2021, S. 24) und die Leistung von Eltern für die Gesellschaft gewürdigt werden müsse (HE 2023, S. 18).

Die Wertschätzung von Familien und das primäre Erziehungsrecht sind in Deutschland weitverbreitete Werte, welche auch in Art. 6, GG verankert sind. Allerdings zeigen die Analysen, dass die AfD ein spezifisches Familienmodell propagiert und als schützenswert darstellt. Dieses besteht aus einem verheirateten, heterosexuellen Elternpaar mit (leiblichen) Kindern (BW 2016, S. 28; BE 2021, S. 18; HE 2018, S. 19). Andere familiäre Formen bleiben dabei unberücksichtigt. Die politische Ausrichtung an einem konservativen-heteronormativen Familienbild kann als Familismus bezeichnet werden, womit Andreas Kemper bereits 2014 die Familienpolitik der AfD charakterisiert (ebd., S. 61; siehe auch Notz 2015, S. 208). Familismus bezeichnet die „Herrschaft der Familie“ (Hillmann 2007, S. 219) und „ist ein soziologischer Begriff und zugleich eine Ideologie, die die bürgerliche Kleinfamilie als Leitform einer Sozialstruktur bezeichnet“ (Notz 2015, S. 17). 2023 lebten 36 % der Bevölkerung als Ehepaar mit Kindern (Demografieportal 2025). Auch wenn die Kleinfamilie aus Vater, Mutter und Kindern noch besteht, hat diese dennoch ihren „Monopolcharakter“ (Peuckert 2007, S. 40) verloren. Es existiert eine Pluralität an verschiedenen familiären Lebensformen – wie gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Stieffamilien bzw. Fortsetzungsfamilien oder Adoptivfamilien (bmfsfj 2025, S. 87–108) –, welche nicht von der AfD berücksichtigt werden (Krüger-Kirn und Tichy 2020, S. 203) und deren Familienstatus folglich nicht anerkannt wird. Zudem werden nicht nur familiäre Formen außerhalb eines heteronormativen Familienmodells exkludiert, sondern auch nichtfamiliäre Formen wie Alleinstehende oder Kinder und Jugendliche, die in Heimen aufwachsen (Notz 2015, S. 193 f.). Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass damit spezifische stereotypische Geschlechterrollen einhergehen, weshalb Giesela Notz (2015) den Familismus als „eine Spielart des Anti-Feminismus“ (ebd., S. 3) bezeichnet.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die AfD auf Grundlage eines an Familismus orientierten Leitmotivs Familien einen hohen Stellenwert zuspricht, wodurch ebenso die Rolle der Eltern aufgewertet wird, während gleichzeitig die professionelle außerschulische (frühkindliche) Erziehung und Bildung eine Abwertung erfährt. Dies zeigt sich, indem die – von der AfD definierten – außerschulischen Bereiche wie Sexualerziehung oder die frühkindliche Betreuung in den Aufgabenbereich der Eltern fallen. Diese werden in Form von Wertschätzung und finanziellen Begünstigungen unterstützt. Allerdings gilt dies lediglich für die von der AfD präferierte heteronormative, eheliche Familienform.

Eltern und Schule: elterliche Partizipation vor dem Hintergrund des Leitmotivs schulischer Leistungsanforderungen

Die dargestellte Rolle der Eltern im Bereich der außerschulischen (frühkindlichen) Erziehung und Bildung – welche maßgeblich über die zentrale Stellung heteronormativer Familienbilder und familistischer Prämissen begründet wird – wird im Kontext schulischer Erziehungs- und Bildungsprozesse in Bezug auf ihre Verantwortlichkeiten und Partizipationsmöglichkeiten deutlich different von der Partei beschrieben. Dies soll anhand von drei Themen herausgestellt werden.

Grundschulempfehlung und Förderschulen Die Frage nach dem Übertritt eines Kindes nach der Grundschulzeit in eine weiterführende Schule kann als zentrale Weichenstellung in der elterlichen Teilhabe an den bildungsrelevanten Entscheidungen des eigenen Kindes bezeichnet werden (Saur und Nikolai 2024, S. 2). Die AfD spricht sich in ihren Wahlprogrammen mehrheitlich dafür aus, in der Übertrittsentscheidung den Lehrkräften mehr Kompetenzen zu übergeben (BW 2021, S. 5, 46 f.; TH 2014, S. 10). Dies geschieht entweder durch direkte Empfehlung oder Tests. Eine ähnliche Argumentation vertritt die Partei in Bezugnahme auf die Frage des Besuchs einer Förderschule, wobei diese komplexer ist. So spricht sich die Partei für „ein Recht auf Beschulung […] [des] Kindes in einer Förderschule“ (TH 2024, S. 32) aus und argumentiert im Zuge dessen für eine „Schulwahlfreiheit“ (HH 2025, S. 27). Die Forderung wie die, dass „[i]n Abstimmung mit den Eltern […] der für das Kind geeignete Förderort gefunden werden“ (HH 2025, S. 28) soll, kann allerdings nur dann geltend gemacht werden, wenn inklusive Beschulung an Regelschulen flächendeckend verfügbar wäre (hierzu: Heimlich 2025, S. 9 f.). Ansonsten wird auch die geforderte Wahlfreiheit anhand leistungsbezogener Kriterien – schafft es ein Kind in einer Regelschule oder nicht – eingeschränkt.

Noten Durch die geforderte frühe Implementierung von Noten (TH 2024, S. 26; HH 2025, S. 24) bekommt die Lehrkraft zudem früh weitreichende Kompetenzen zugeschrieben, die insbesondere vor dem Hintergrund der defizitären Objektivität von Noten (Klafki 2007, S. 235 f.; Hübner et al. 2024, S. 554 f.) und deren nachweislichen Abhängigkeit von z. B. der Herkunft der Schüler*innen (bei gleicher Leistung) kritisch zu bedenken ist.

Die skizzierten Tendenzen lassen sichtbar werden, dass Eltern im Kontext schulischer Schlüsselmomente weniger stark im Zentrum der Argumentation stehen und ihre Möglichkeiten der Partizipation deutlich eingeschränkt werden, was mit

Blick auf die vorab beschriebene wichtige Rolle der Familie und Eltern irritiert. Plausibilisieren lässt sich diese dadurch, dass mit dem Wechsel des Kontexts – von außerschulischer (frühkindlicher) Erziehung und Bildung zu der Schule – eine grundlegende Veränderung des ideologischen Leitmotivs einhergeht. Wo vorher das Familienbild der Partei die zentrale Leitkategorie ihrer Positionierungen im Kontext außerschulischer und meist frühkindlicher Erziehung und Bildung zu sein scheint, wird dies im Kontext Schule von der Leistung als zentraler Bezugsgröße suspendiert (hierzu auch: Nikolai et al. 2024). Dabei spielen die Lehrkräfte als Vermittler*innen von Inhalten und vermeintlich neutrale, sachliche Urteilsgeber im Unterschied zu Eltern eine zentrale Rolle.

Lehrkräfte Die grundlegende Rolle der Lehrkraft wird in den Wahlprogrammen der AfD vor allem durch einen wünschenswerten Zugewinn an Autorität und Sanktionsmöglichkeiten (HE 2023, S. 16), deren Konzentration auf die Vermittlung schulischer Inhalte (HH 2025, S. 23) und ihrer Fähigkeit, Schüler*innen nach erbrachten Leistungen adäquat zu beurteilen (BE 2021, S. 30 f.), charakterisiert. In der so vorgenommenen Darstellung werden Lehrkräfte insofern den Eltern gegenüber konträr positioniert, indem sie ‚neutrale', auf Leistung bezogene Urteile, frei von persönlichen Haltungen, treffen. Eine solche Konstruktion wird ebenso durch die Forderung sog. politischer Neutralität seitens der Lehrkräfte gestützt (hierzu: Gawert und Nikolai 2025).

Die hier nur angedeuteten Konstruktionen der Lehrkraft machen deutlich, dass sich ihre Rolle auch abseits der ihr zugeschriebenen Kompetenzen (z. B. im Kontext der Übertrittsempfehlung) an dem ideologischen Leitmotiv der Leistung und der damit verbundenen schulischen Allokation ausrichtet. Mit Blick auf die Fragestellung wird somit sichtbar, dass die Räume familiärer Partizipation in Schulen (Busse und Helsper 2007, S. 322–326) vor dem Hintergrund der starken Stellung von Lehrkräften sowie der deutlichen Ausrichtung an einer Allokation über Leistung marginalisiert werden.

Diskussion

Der Beitrag deutet an, dass die AfD die Rolle der Eltern je nach institutionellem Kontext different konstituiert. Während im außerschulischen Bereich Familie und Eltern einen zentralen Stellenwert einnehmen und institutionellen Erziehungs- und Bildungsangeboten vermehrt Skepsis entgegengebracht wird, findet wie gezeigt im Kontext der Schule eine partielle Wendung dieser Verhältnisbestimmung statt. Die tentative Analyse lässt sichtbar werden, dass anhand der vorgenommenen Verhältnisbestimmung die ideologischen Leitmotive der Partei sichtbar werden. Während im außerschulischen Bereich insbesondere der Familismus als leitende Idee wirksam wird, wird dieser in der Schule durch den konsequenten Bezug auf Leistung, Messbarkeit und Allokation ersetzt.

Die Analysen zeigen einen ersten kursorischen Einblick in die von der AfD zugedachte Rolle der Eltern im schulischen und außerschulischen Bereich. Diese sowie die darunter liegenden Leitmotive müssten an weiteren Wahlprogrammen sowie an anderen politischen Dokumenten wie Parlamentsdebatten überprüft werden.

Zudem werfen die Erkenntnisse des Beitrags mehrere Fragen auf, die detaillierterer Analysen bedürfen. So ist (1) mit Blick auf die Reproduktion sozial bedingter Unterschiede davon auszugehen, dass der Fokus auf außerschulische frühkindliche Erziehung und Bildung in Familien in Verbindung mit einer konsequenten Leistungsorientierung in Schulen zu einer Verstärkung herkunftsbedingter Ungleichheiten führen wird (Stojanov 2022), da außerfamiliäre Ausgleichsmöglichkeiten fehlen und durch die strikte Orientierung an Leistung der bewusste Ausgleich sozialer Differenzen in der Schule erschwert wird.

Weiterhin legt die rekonstruierte Logik nahe, dass (2) insbesondere demokratiebildende Vorhaben ausschließlich in den familiären Bereich verlagert werden. Da zu erwarten ist, dass die Forderung nach einer politisch neutralen Schule Demokratiebildung im Klassenzimmer deutlich erschwert (Gawert und Nikolai 2025), trägt die Familie als zentrale Erziehungs- und Bildungsinstanz außerhalb schulischer „Wissensinhalte und Fertigkeiten" (HH 2020, S. 20) die Verantwortung der Vermittlung demokratiebildender Inhalte und Kompetenzen.

Zuletzt zeigt sich, dass die Forderungen der Partei (3) nur selektiv Geltung beanspruchen, da insbesondere Familien mit sog. Migrationshintergrund different adressiert werden, wie beispielsweise in der Forderung, dass „bei Defiziten im Erwerb deutscher Sprachkenntnisse […] der Kindergartenbesuch verpflichtend sein" (HH 2025, S. 30) soll, oder dem Vorschlag sog. verpflichtender „Vorschaltklassen" (TH 2024, S. 38) sichtbar wird. Für die angeführten Perspektiven und Fragen sind weitere Analysen zu der von der AfD angedachten Rolle von Eltern und dem Verhältnis von Familien und Fachkräften notwendig. Dies ist für die pädagogische Praxis von Bedeutung, da die Verhältnisbestimmung Grundlage für pädagogisches Arbeiten ist und Handlungsspielräume sowie Aufgabenbereiche von pädagogischen Fachkräften definiert.

Quellen

BE (Berlin)/BW (Baden-Württemberg)/HE (Hesen)/HH (Hamburg)/MV (Mecklenburg-Vorpommern)/NRW (Nordrhein-Westfalen)/TH (Thüringen): Wahlprogramme der AfD-Bundestagsfraktion sowie der AfD-Landtagsfraktionen aus ausgewählten Ländern (verschiedene Jahrgänge). Sammlung der Autor*innen der Wahlprogramme der AfD bei Bundes- und Landtagswahlen.

Literatur

(2025). Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. https://tinyurl.com/y7m2na9w. Zugegriffen: 1. Okt. 2025.

Anders, Y. (2013). Stichwort: Auswirkungen frühkindlicher institutioneller Betreuung und Bildung. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 16, 237–275.

Bauer, P., & Wiezorek, C. (2017). Familienbilder zwischen Kontinuität und Wandel. Einleitende Bemerkungen. In P. Bauer & C. Wiezorek (Hrsg.), Familienbilder zwischen Kontinuität und Wandel (S. 7–22). Weinheim, Basel: Beltz.

Böhm, W., & Seichter, S. (2022). Wörterbuch der Pädagogik (18. Aufl.). Schöningh: Brill.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [bmfsfj] (2025). Zehnter Familienbericht. Unterstützung allein- und getrennterziehender Eltern und ihrer Kinder – Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen.

Burghardt, L., & Kluczniok, K. (2016). Erwartungen von Eltern zu Nutzen und Kosten eines Krippenbesuchs – Eine Analyse zu Zusammenhängen mit kindbezogenen und

familialen Strukturmerkmalen. Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 11(3), 339–354.
Busse, S., & Helsper, W. (2007). Familie und Schule. In J. Ecarius (Hrsg.), Handbuch Familie (S. 321–341). Wiesbaden: VS.
Demografieportal (2025). Lebensformen. https://tinyurl.com/2s4hu4yz. Zugegriffen: 1. Okt. 2025.
Gawert, M., & Nikolai, R. (2025). Warum politische Neutralität an Schulen keine Option ist. Die Grundschulzeitschrift Jahresheft, 2025(1), 14–15.
Graßhoff, G., & Sauerwein, M. (2021). Schule und Sozialpädagogik. In T. Hascher, T.-S. Idel & W. Helsper (Hrsg.), Handbuch Schulforschung (S. 1–15). Wiesbaden: Springer VS.
Heimlich, U. (2025). Inklusion leben! Auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft. Stuttgart: Kohlhammer.
Hillmann, K.-H. (2007). Wörterbuch der Soziologie (5. Aufl.). Stuttgart: Kröner.
Hübner, N., Jansen, M., Stanat, P., Bohl, T., & Wolfgang, W. (2024). Alles eine Frage des Bundeslandes? Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 27, 517–549.
Jergus, K. (2016). Aushandlungen des ‚Pädagogischen' zwischen Eltern und pädagogischen Einrichtungen – Perspektiven einer (neuen) Elternforschung? In W. Meseth, J. Dinkelaker, S. Neumann & K. Rabenstein (Hrsg.), Empirie des Pädagogischen und Empirie der Erziehungswissenschaft (S. 99–109). Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt.
Keller, H. (2025). Die Bindungstheorie. Kritische Anmerkungen zu Grundlagen und Anwendungen. Familiendynamik, 50(3), 220–227.
Kemper, A. (2014). Keimzelle der Nation – Teil 2. Friedrich Ebert Stiftung. https://tinyurl.com/y2ddcvew. Zugegriffen: 1. Okt. 2025.
Klafki, W. (2007). Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik (6. Aufl.). Weinheim, Basel: Beltz.
Krüger-Kirn, H., & Tichy, L. Z. (2020). Elternschaft und Gender Trouble. Inszenierungen moderner und tradierter Mütterbilder. In A. Henninger & U. Birsl (Hrsg.), Antifeminismen. ‚Krisen'-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential (S. 193–231). Bielefeld: transcript.
Kuckartz, U., & Rädiker, S. (2024). Qualitative Inhaltsanalyse (6. Aufl.). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
Mayer, S. M. (2024). Sexualität als „vage Bedrohung". Sexualpädagogik zwischen Aufklärung und Positionierung. Bildung und Erziehung, 77(4), 418–433.
Nikolai, R., Gawert, M., & Saur, L. (2024). The Alternative for Germany and its school policy positions. on_education. Journal for Research and Debate. https://doi.org/10.17899/on_ed.2024.20.5.
Notz, G. (2015). Kritik des Familismus. Stuttgart: Schmetterling Verlag.
Peuckert, R. (2007). Zur aktuellen Lage der Familie. In J. Ecarius (Hrsg.), Handbuch Familie (S. 36–56). Wiesbaden: Springer VS.
Saur, L., & Nikolai, R. (2024). Politics of School Choice in Germany: The Abolition of the Binding Recommendation in Baden-Wuerttemberg and Saxony. Journal of school choice, 18(3), 388–406.
Solzbacher, C. (2011). Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule. In H. Macha & M. Witzke (Hrsg.), Familie (S. 245–264). Paderborn: Ferdinand Schöningh.
Stojanov, K. (2022). Warum „Leistung" kein tragendes Prinzip von Bildungsgerechtigkeit sein kann. Friedrich Jahresheft, 40, 20–21.

Line Saur, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Pädagogik mit Schwerpunkt Vergleichende Bildungsforschung an der Universität Augsburg.

Moritz Gawert, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Pädagogik mit Schwerpunkt Vergleichende Bildungsforschung an der Universität Augsburg.

Korrespondenzadresse

Line Saur
Universität Augsburg
Augsburg, Deutschland
line.saur@uni-a.de

Förderung. Im Falle aller Autor*innen entstand der Beitrag im Rahmen einer Sachbeihilfe durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft [Fördernummer: NI 1371/6-1].

Funding. Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Hinweis des Verlags. Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.

Open Access. Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de.